

REFERENDUM

Sind Sie für oder gegen?



Politik nicht nur zum Zuschauen: Die Chamber sollte nicht der einzige Weg politischer Partizipation sein. (Foto: woxx)

In der Verfassung vorgesehen ist es schon lange - jetzt soll das Referendum einen gesetzlichen Rahmen bekommen. Ein Jahr vor Ablauf der Legislaturperiode soll nun das in der Regierungserklärung gemachte Versprechen eingelöst werden.

(rw) - Vor zwei Wochen brachte der grüne Abgeordnete Robert Garcia das Kunststück fertig, das vom Premier angekündigte Referendum in einem Atemzug mit der Pisa-Studie zu nennen: Politische Beteiligung erfordere mündige BürgerInnen. Und er erinnerte nicht nur daran, dass das Schulfach "politische Bildung" in Luxemburg immer noch ein Schattendasein fristet, sondern dass die einstmals angekündigte Schaffung einer Volkshochschule nie Realität wurde.

Avantgardistischer Touch

Nun liegt er auf dem Tisch, der Regierungsvorschlag zur Ausgestaltung des in der Verfassung vorgesehenen Referendums. Weshalb war 1919 schon das Referendum als Mittel zur Einbeziehung der Bevölkerung vorgesehen? Ein Aspekt könnte aber die Tatsache gewesen sein, dass gerade im Kleinstaat Luxemburg Instrumente direkter Demokratie am leichtesten anwendbar schienen. Nicht umsonst war Rousseau, der Pionier der Basisdemokratie, auch Verfechter des Kleinstaates.

Dass es mehr als 80 Jahre brauchte, um den Willen der Constituante von 1919 umzusetzen, liegt aber wohl nur zum Teil an der Sorge um die Mündigkeit der Luxemburger Bevölkerung. Seit den Referenden der Zwischenkriegszeit (das eine zur Monarchie, das andere zum Maulkorbgesetz), die beide in einer Atmosphäre extremer politischer Polarisierung stattfanden, und der aufgezwungenen "Personenstandsaufnahme" durch den nationalsozialistischen Okkupanten hatte das Element direkter Demokratie jahrzehntelang etwas Anrüchiges.

Erst mit dem Erwachen der sozialen Bewegungen in den 70er Jahren, dem Aufkommen

der Bürgerinitiativen und dem Entstehen der Grünen erhielt das Referendum wieder einen avantgardistischen Touch. Es wäre allerdings vermessen zu behaupten, das Referendum sei ein Lieblingskind der fortschrittlichen Parteien. Gerade die Luxemburger Grünen stritten jahrelang um eine einheitliche Position. Waren sie früher für ein bindendes Referendum ausschließlich auf Volksinitiative, so ist ihre Meinung heute anders. Und der Sprecher der LSAP, Jean Asselborn, reagierte 1993 eher irritiert auf einen ersten Gesetzesvorschlag zum Thema Referendum: "...de Referendum als Arbitter, jo, bei grëssere Problemer vun nationalen Interessen, fir eng kloer Decisioun kënnen erauszeschelen, wann et schwéier as, déi fäerdegzebréngen! Mä Ierféierung a Manipulatioun vum Wieler allerdéngs iwer de Wee vum Referendum, well gewielte Politiker sech esou laanscht Beschläss drécke wëllen, dat as der Demokratie net dénglech."

Eingebracht worden war der Vorschlag vom rechtspopulistischen ADR. Der erhielt nicht nur von sozialistischer Seite Schelte, sondern auch vom Sprecher der CSV: Francis Colling meinte, das ADR könne auch gleich das Parlament abschaffen.

Wie unorthodox Luxemburger Parteien mit manchen politischen Themen umgehen, zeigt schließlich die Haltung der DP: Die Liberalen, deren Vordenker Joseph A. Schumpeter einst die Demokratie auf einen "Konkurrenzkampf um die Stimmen des Volkes" reduzierte, von dem nicht klar sei, ob es überhaupt fähig ist, politische Entscheidungen zu treffen, treten in Luxemburg seit Jahren für das konsultative Referendum ein.

Dass es heute eine schwarzblaue Regierung und ein CSV-Staatsminister sind, die sich zum Fürsprecher des Referendums machen, daraus lässt sich durchaus die Parallele mit 1988 ziehen: Sollte die Regierung versuchen, dem ADR das Wasser abzugraben, so wie sie es 1988 mit dem Gemeindereferendum auf die Grünen abgesehen hatte?

Luxemburg zieht nun aber auch international mit einer Reihe von EU-Ländern gleich, die sich in der Zwischenzeit an der Schweizer Erfindung inspiriert haben. Volksbegehren und Volksinitiativen gibt es nicht nur in deutschen Bundesländern, sondern auch in Italien, Frankreich oder den Beitrittsländern. Diese Entwicklung scheint im Trend einer Zeit zu liegen, in der eine Umfrage die andere jagt und auf jeder Webseite um Mei-

nung gebeten wird. Für oder gegen Klonen, mehr Kinderbetreuungsstrukturen oder die Monarchie - das sind die intelligenteren Varianten. In Deutschland hat es aber auch schon Volksinitiativen für die Sonntagsöffnung von Videotheken oder gegen die Ansiedlung von Kliniken für psychisch kranke Straftäter gegeben. Und in der Schweiz wird das Volk gerade mal wieder darüber befragt, ob es nicht "eine Stabilisierung und längerfristig sogar einen Abbau der kaum assimilierbaren außereuropäischen Bevölkerung in der Schweiz" wünscht.

Das Gute liegt so nah

Wer sich den neuen Regierungstext anschaut, wird mit jener Flut an Prozeduren und technischen Details konfrontiert, die eine der Schwächen des hochgelobten Instrumentes zur Basisdemokratie darstellen. Von der Volksinitiative, bei der ein Gesetzesvorschlag präsentiert wird, zur Volksbefragung, die die Meinung der gesamten Wahlbevölkerung erfasst, und schließlich zur Umsetzung im Parlament ist es ein langer und beschwerlicher Weg. Die Initiative kann aber auch vom Parlament ausgehen. Anders als in der Schweiz, soll das Luxemburger Referendum auf Landesebene (wie schon das kommunale) rein konsultativen Charakter haben. Hinzu kommt das spezifische Referendum zu Verfassungsfragen, das von einer bestimmten Anzahl von Abgeordneten initiiert werden kann.

Dass auch Mittel wie das Referendum nicht vor Politikmüdigkeit schützen, zeigt das Beispiel Schweiz, wo Volksinitiativen eher selten von Erfolg gekrönt sind. Und es fragt sich zudem, ob nicht das Erneuern bestehender Strukturen dringlicher wäre. So meinte Serge Kollwelter zum heutigen Zustand der rein korporatistisch agierenden Berufskammern: "...il s'agit essentielle- ment d'un principe avec peu d'effets pratiques, puisque sauf ceux qui sont appelés à les élire, personne ne sait trop bien à quoi elles servent". (forum 207/2001, S. 34) Das Luxemburger Modell der Tripartite seinerseits grenzt die NGOs aus. Und der zurzeit recht dürftige Dialog zwischen Parlament und Zivilgesellschaft wäre ebenfalls verbesserenswert: Zugang zu parlamentarischen Hearings, Öffentlichkeit der parlamentarischen Kommissionen, ein runder Tisch zu Zukunftsfragen wären ein Leichtes. Altherwürdige Instrumente wie das aus dem 19. Jahrhundert stammende Petitionsrecht könnten aufgepäppelt werden. Solche Verbesserungen wären zwar weniger spektakulär, würden aber den politischen Alltag nachhaltig demokratisieren.

kommentar

JEAN ASSELBORN

Realitätssinn statt Dogmatismus



Der Erfolg der belgischen Sozialisten ist auch auf ihren Schulterschluss mit der Zivilgesellschaft zurückzuführen.

Nach drei aufeinander folgenden Wahlrückschlägen gelang den belgischen Sozialisten bei den Parlamentswahlen vom 18. Mai ein großer Erfolg. Zweifellos sind die Persönlichkeiten von Elio Di Rupo und Steve Stevaert, die für die wallonischen, respektive die flämischen Sozialisten als Spitzenkandidaten ins Rennen gingen, nicht schuldlos an dem erzielten Resultat.

Doch es wäre ungerecht und zu kurz gegriffen, wenn man den Wahlsieg der sozialistischen Formationen nur mit dem Charisma ihrer Spitzenkandidaten erklären wollte. Am Beispiel der wallonischen PS wird am besten deutlich, warum die Sozialisten auch in der Regierungsverantwortung ihre Positionen stärken konnten.

Die Positionierung der Partei als Linkspartei, welche unter den gegebenen Umständen in der Regenbogenkoalition nicht immer leicht fiel, wurde vom Wähler honoriert. Dies wurde besonders in gesellschaftlichen Fragen offensichtlich, wo Belgien unter seiner blau-rot-grünen Regierung Riesenfortschritte verzeichnen konnte. Der belgischen PS ist es gelungen, ihre vormals eher dogmatischen Positionen durch glaubwürdigere, realitätsgebundene Vorstellungen zu ersetzen.

Die Annäherung an die Antimondialisierungs-Bewegung, der Schulterschluss mit der Zivilgesellschaft, die Bereitschaft die neu entstandenen sozialen Bewegungen ohne Hegemonieanspruch zu begleiten und nicht zuletzt die Öffnung der Partei für neue Schichten der Bevölkerung konnte aber letztlich nur erfolgreich sein, weil die Sozialisten es verstanden haben, ihre traditionellen Wählerschichten nicht zu brüskieren. Belgiens Sozialisten haben damit bewiesen, dass die Diskussion über die Neuorientierung der internationalen Sozialdemokratie weit mehr ist, als eine langweilige Debatte zwischen Reformern und Traditionalisten, zu der sie allzu oft in der internationalen Presse, und leider auch unter europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten, herunterstilisiert wird.

Die Wahlen in Belgien haben auch gezeigt, dass die christlich-demokratische Bewegung, die in Belgien über hundert Jahre an der Macht war, auch in der Opposition nicht an Profil gewinnen konnte, und eine zweite Wahlschlappe hinnehmen musste. Den Grünen wurden nicht ihre Themen, sondern die zu dogmatische Sichtweise und der sture Politikstil ihrer regierungsunerfahrenen Vertreter zum Verhängnis. In der Thematik waren die Grünen in Belgien jedoch eine progressive Partei, die mithalf, die Karten im Königreich neu zu mischen.

Jean Asselborn ist Vorsitzender der LSAP

Nächste Woche: Die Rentenmauer ist da

Massendemonstrationen in Frankreich und Österreich, Gewerkschaftsproteste gegen eine Nullrunde für RentnerInnen in Deutschland: Keine Frage, das Rentenproblem bewegt in ganz Europa die Gemüter. Doch egal wie heftig protestiert wird, wenn weiter nichts geschieht, ist der Kollaps vieler Rentensysteme in Europa unausweichlich.



Junckers geheime Schnitzelkoalition

Die woxx und Premierminister Jean-Claude Juncker lagen zur Abwechslung einmal auf gleicher Linie: Nicht etwa, was die politischen Präferenzen anbelangte, sondern in der Wahl der Speisen. Beim gemeinsamen Mittagessen Junckers mit den luxemburgischen MedienvertreterInnen auf dem Oktav-Mäertchen am Freitag vergangener Woche verzichtete der Premier einmal mehr auf den traditionellen Oktav-Fösch. Der Regierungschef zog dem Fösch ein saftiges Wiener Schnitzel mit Pommes Frites vor - und traf damit dieselbe Wahl wie der anwesende woxx-Redakteur. Das soll jedoch nicht heißen, dass die woxx von nun an regierungskonform geht. Die Schnitzel-Wahl ist zudem alles andere als repräsentativ für die woxx: Schließlich gibt es ja einige VegetarierInnen unter den woxxies. Und die würden auch ihrer Linie treu bleiben, wenn der Premierminister Fösch essen würde.



(germain.kerschen@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Stefan Kunzmann (stefan.kunzmann@woxx.lu), Ines Kurschat (ines.kurschat@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • **Karikaturen:** Guy W. Stoos • **Fotos:** Christian Mosar • **Verwaltung:** Corinne Saghuber (admin@woxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo. - Fr. 9 - 12.30 Uhr. • **Druck:** c. a. press, Luxembourg • **Einzelpreis:** 1,49 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 59,49 € (Ausland zzgl. 22,31 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 24,79 € • **Postscheckkonto:** CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Espace Régie Luxembourg s.a. Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • **Recherchefonds:** Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der "Solidaritéit mam Gréngespuun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • **Post-Anschrift:** woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • **Büros:** 51, ave de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • **E-mail:** woxx@woxx.lu • **Site:** www.woxx.lu • **Tel.:** (00-352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79